

WAZ v. 22.06.13

Kraft verweigert Bekenntnis zu Kraftwerk Datteln

Ministerpräsidentin meidet inhaltliche Festlegung, um zweiten Planungsanlauf nicht zu belasten

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat ein politisches Bekenntnis zum umstrittenen Steinkohlekraftwerk „Datteln IV“ abgelehnt. „Inhaltliche Aussagen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, um die Rechtssicherheit des Verfahrens nicht zu gefährden“, sagte Kraft am Freitag im Landtag. Die Landesregierung werde beim zweiten Planungsanlauf für das vor vier Jahren gerichtlich gestoppte Eon-Kraftwerk „mehr Sorgfalt walten lassen“ als die schwarzgelbe Vorgängerregierung bei der ur-

springlichen Genehmigung.

Die Versammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) will am 5. Juli mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren beantragen, um den Kraftwerksstandort nachträglich zu legalisieren und den Betrieb mit Importkohle zu ermöglichen. Die Landesregierung muss über diese landesplanerische Ausnahme entscheiden. Die Grünen lehnen „Datteln IV“ ab.

Kraft machte sich die jüngsten Forderungen ihres Wirtschafts-



Hannelore Kraft

FOTO: DPA

ministers Garrelt Duin (SPD), „zeitnahe Entscheidungen“ zur Inbetriebnahme des Kraftwerks zu treffen, ausdrücklich nicht zu eigen: „Herr Duin hat seine Position dazu erläutert. Aber wir haben ein normales Verfahren, und die tragende Behörde ist die Staatskanzlei“, stellte Kraft klar. Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen, der dem Wirtschaftsminister in ungewöhnlicher Schärfe „Wünsch Dir was“-Politik vorgeworfen hatte, räumte Meinungsunterschiede der Koalitionspartner indirekt ein: „Herr Duin arbeitet an sei-

ner Stelle, ich an meiner.“ Kraft wies Gerüchte zurück, denen zufolge als politisches Gegengeschäft zur Datteln-Zustimmung Pläne für das Industriegebiet „Newpark“ aufgegeben würden: „Es gibt keinen Zusammenhang.“

Ob das fast fertiggestellte und modernste Kohlekraftwerk Europas jemals Strom produzieren wird, hängt ohnehin nicht allein an der Beseitigung der Planungs-Fehler. Bevor die Bezirksregierung Münster eine Betriebsgenehmigung erteilen kann, müssen von Eon noch eine Reihe umweltrechtliche Voraussetzungen erfüllt werden.

Kommentar

Von Tobias Blasius



Krafts Kalkül bei Datteln IV

Der Streit um das vor vier Jahren gerichtlich gestoppte Eon-Kohlekraftwerk „Datteln IV“ hat eine juristische Seite und eine politische. Ob das vermurkste Verfahren gerichtsfest korrigiert werden kann, ist kaum vorherzusagen. Dass jedoch die rot-grünen Koalitionäre völlig unterschiedliche Dinge wollen, macht die Sache nicht leichter.

Die Grünen setzen auf 100 Prozent Öko-Strom, die Sozialdemokraten auch auf moderne Kraftwerke wie „Datteln IV“. SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft balanciert auf dem schmalen Grat zwischen den Wünschen von Revier-SPD, Gewerkschaften und Wirtschaft, ihrem eigenen Anspruch als Standortpolitikerin, der professionellen Rücksichtnahme auf den grünen Koalitionspartner und erheblichen rechtlichen Risiken. Ihre Devise: Bloß kein Fehltritt und nicht unnötig verkämpfen.

Wer will schon mit der vielleicht größten NRW-Industrieruine seit dem Schnellen Brüter von Kalkar in Verbindung gebracht werden?